

# Paarener Erklärung der Agrar- und Ernährungswirtschaft

Die Proteste der vergangenen Wochen und Monate haben gezeigt, in welcher Situation sich die Agrar- und Ernährungswirtschaft, aber auch der gesamte ländliche Raum befindet.

Als wesentlicher sozialer Anker im ländlichen Raum sind sich Agrar- und Ernährungswirtschaft ihrer Verantwortung bewusst, erwarten jedoch auch dasselbe Verantwortungsbewusstsein aus Politik und Verwaltung. Dieses ist nach Einschätzung der unterzeichnenden Verbände in den letzten Jahren immer weiter verloren gegangen. Der Fokus wurde in gesellschaftlich prosperierenden Zeiten auf andere Themen gelegt als eine sichere Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen heimischen pflanzlichen und tierischen Lebensmitteln sowie Agrarrohstoffen, die dem verantwortungsbewussten Umgang mit den Klimaveränderungen gerecht werden.

Die Vielzahl der multiplen Krisen hat das Verständnis einer Grundversorgung und verlässlicher Liefer- sowie Wertschöpfungsketten signifikant geprägt.

Um der Bedeutung der gemeinsamen Produktionskette gerecht zu werden, fordern die Verbände eine Ergänzung des Art. 43 Abs. 1 der Landesverfassung:

## **Art. 43 Land und Forst, Ernährungswirtschaft**

(1) Die Nutzung des Bodens durch die Land- und Forstwirtschaft muß auf Standortgerechtigkeit, Stabilität der Ertragsfähigkeit und ökologische Verträglichkeit ausgerichtet werden. **In diesem Rahmen fördert das Land zugleich eine ökologisch, ökonomisch und sozial faire Agrarstruktur und Agrarwirtschaft zur regionalen Ernährungsversorgung und Ressourcensicherung.**

Die Verbände sehen dies als Notwendigkeit, die Interessen der gesamten Produktionskette dauerhaft zu sichern und im Wettbewerb der Ziele nicht das Nachsehen zu haben. Eine Privilegierung oder Benachteiligung der Größe wegen muss vermieden werden, da die unternehmerische Ausgewogenheit Voraussetzung einer gesunden Agrarstruktur und Agrarwirtschaft ist.

An diesem Ziel müssen sich alle Vorhaben jeder Landesregierung messen lassen. Dabei steht insbesondere die Langfristigkeit und der Erhalt einer flächendeckenden Landnutzung ebenso wie der Struktur räumlich angepasste Verarbeitungsstrukturen im Fokus. Die Förderung ist nicht auf bloße Geldförderung begrenzt, sondern erfasst auch tatsächliche, rechtliche und politische Rahmenbedingungen.

Die unterzeichnenden Verbände fordern die politischen Parteien auf, diesen Vorschlag als wichtiges Ziel jeder Regierungsplanung und jedes Koalitionsvertrags zu benennen und umzusetzen.

Es liegt nun bei den politischen Vertreterinnen und Vertretern, Verantwortung für die Land- und Forstwirtschaft, die Ernährungswirtschaft und den gesamten ländlichen Raum zu übernehmen.

# Die Unterzeichner



Brandenburger  
Landfrauenverband e.V.



Landesbüro Berlin-  
Brandenburg



Nord-Ost

Aus  zur  
Natur, zum Tier  
und zur Region



Landesverband Ost



Fördergemeinschaft  
Ökologischer Landbau  
Berlin-Brandenburg e.V.

Mehr Bio in Stadt und Land



Rinderzuchtverband  
Berlin-Brandenburg eG



**BVLB**  
BILDUNGSVEREIN DER  
LANDWIRTSCHAFT  
BRANDENBURG e.V.



LAND- & FORSTWIRTSCHAFTLICHER  
ARBEITGEBERVERBAND  
BRANDENBURG-BERLIN e.V.

